

Küstenschutz im Klimawandel in Mecklenburg-Vorpommern

Positionspapier der LAG Landwirtschaft und Naturschutz, Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern

Adressaten:

Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt MV und nachgeordnete Behörden

Planungsverbände des Landes MV mit Küstenanteilen (Vorpommern, Rostock, Westmecklenburg)

Betroffenen Landkreise (Nordwestmecklenburg, Rostock Land, Rostock, Vorpommern-Rügen, Vorpommern -Greifswald)

Städte und Gemeindetag Mecklenburg -Vorpommern

1. Einführung und Hintergrund

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Küstenland, auch wenn das im Bewusstsein der Bevölkerung nicht besonders stark verankert ist. Die Küsten von M-V sind knapp 2.000 km lang und der größte Teil davon sind buchtenreiche Binnenküsten. Die Sicherung der knapp 400 km Außenküsten ist Schwerpunkt des Küstenschutzes. Den größten Anteil der Sicherung übernehmen Küstenschutzdünen und -deiche. Ständige Veränderungen sind charakteristisch, die Küstenmorphologie verändert sich dynamisch. Diesen Prozess technisch zu verhindern (Aufspülungen, Baggern) ist nicht effizient und kostet die Gesellschaft Unsummen zur Stabilisierung selbst kleiner Strukturen.

Der klimabedingte Meeresspiegelanstieg dagegen betrifft die gesamten Küstenregion bis tief ins Hinterland, die betroffenen Flächen sind groß und unterschiedlich genutzt (s. Flutkarten). Hinzu kommt, dass eine Volumenänderung der Ostsee besonders in unserer Region bei den typischen Schwingungsbewegungen eines Binnenmeeres verstärkte Auswirkungen auf Extremwasserstände hat. Das Problem hat also eine ganz andere räumliche Dimension als die normale Küstendynamik.

Planungen und Bau von Schutzanlagen und/oder rechtlich administrative Umsetzungen der Aufgabe von Land- und Siedlungsflächen werden auf Grund der Komplexität und des Abgleiches diverser Interessenlagen Dekaden einnehmen und liegen daher schon auf der gleichen Zeitskala, wie die der auslösenden Meeresspiegelerhöhung. Um überhaupt noch proaktiv planen und handeln zu können ist daher eine umgehende koordinierte Befassung mit diesem Thema unverzichtbar.

2. Unsere Positionen und Forderungen zu dieser Thematik

(1) Der Meeresspiegelanstieg ist eine Gefahr, die mit exponentieller Dynamik auf uns alle in den Küstenregionen zukommt. Die Gesellschaft selbst hat jedoch für solche langfristigen exponentiellen Prozesse keine handhabbare Wahrnehmung, sondern reagiert erst auf Umweltgefahren, wenn sie in reale Bedrohungen umschlagen. Dann aber ist es viel zu spät zum vorsorgenden Handeln. **Daher fordern wir eine weitsichtige koordinierte Planung der politischen Akteure und Institutionen**, die tagespolitische Friktionen hinter sich lässt, um Gefahr für Gesundheit und Wohlstand der betroffenen Bevölkerungsgruppe nachhaltig abzuwehren.

(2) Die Kommunikation der mit diesem Thema befassten Akteure im Land, in den regionalen Planungsverbänden und auch in den betroffenen Landkreisen und Kommunen muss auf einem Niveau verstärkt werden, das der Dynamik und den Risiken dieser sich noch über die nächsten Jahrhunderte verstärkenden Gefährdung angemessen ist. Enge Zusammenarbeit verschiedener Fachdisziplinen aus

theoretischen und praktischen Bereichen kann dabei oft innovative Lösungen entwickeln und natürliche Schutzmechanismen optimieren. Wir können aus der Vergangenheit lernen, um Erkenntnisse für die Zukunft zu gewinnen, und mit Daten aus Archiven und Erfahrungswissen auch aus anderen Regionen arbeiten, die schon länger gegen Überflutung kämpfen. **Wir fordern daher schnelleres und besser koordiniertes Handeln der verschiedenen Akteure und Verwaltungsebenen**, z.B. über eine vom Land einzurichtende **task force**, und die konkrete Einbindung des aktuellen Standes der Erkenntnisse in das LEP-MV und die betroffenen RREP's der Planungsverbände.

(3) Zeit ist für das Gelingen ein kritischer Faktor, denn es muss gesellschaftlich ausgehandelt werden, welche Schutzmaßnahmen realistisch, perspektivisch sinnvoll sowie finanziell und sachlich möglich sind. Diese Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen müssen zur Legitimation der Maßnahmen durch einen möglich breiten demokratischen Konsens mit den relevanten Akteuren verhandelt werden. Daher ist eine rechtzeitige vertiefte und umfassende Befassung mit der Thematik unumgänglich. **Wir fordern daher einen zeitnahen Beginn koordinierter Aktivitäten zwischen Bund, Land, Kreisen und Kommunen zur Abwehr dieser Gefahr**, wobei zuvorderst nicht Probleme der Zuständigkeit, sondern Probleme der betroffenen Bürger im Mittelpunkt stehen sollen.

(4) **Wir fordern eine vorsorgliche Orientierung an wissenschaftlich generierten Skalen von Prognosen des Meeresspiegelanstiegs unter Einbeziehung aktueller Daten.** Nur die Einbindung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Prognosen macht Sinn, denn auch diese entwickeln sich dynamisch. Auch der Weltklimarat (IPCC) bewegt sich als UNO-Gremium (leider) in einem politisch abgesteckten Rahmen mit entsprechenden Kraftfeldern. Wir sollten daher schon aus Eigennutz der Besorgtheit der pazifischen Inselstaaten in diesem Gremium näherstehen, als der abwartenden Haltung der OPEC-Länder.

(5) Im kommunalen Umfeld führt immer noch fehlende behördliche Weitsicht bei der Bauplanung zu vorhersehbaren Problemen. Genehmigungen von Siedlungen, Gewerbegebieten und Behördenbauten im Überschwemmungsgebiet oder zu nahe daran, haben wirklich keine Zukunft. **Daher fordern wir**, auch zum Schutz teurer langfristiger Investitionen, **unterhalb einer bestimmten Höhe**, die sich als gleitende Prognose für 2125 zuzüglich Sturmflutzuschlag ergibt, **Neubauten zu untersagen**.

3. Offene Fragen

Zu klären sind jetzt schon Fragen wie :

Welche Zwischenschritte, zum Beispiel Verlagerungen von Siedlungs- und Nutzflächen oder die Freihaltung von Überflutungsflächen brauchen wir?

Welche Industrieansiedlungen in direkter Küstennähe sind noch nachhaltig und welche technischen Konzepte gibt es zur Anpassung?

Welchen Auswirkungen auf die Hafenwirtschaft oder die Schifffahrt muss begegnet werden?

Wie müssen Bauleitpläne und Bebauungspläne an die neuen Hochwasserlinien (Bemessungshochwasser/Referenzhochwasser) angepasst werden?

4. Quellen und weiterführende Informationen

(1) Regelwerk Küstenschutz Mecklenburg-Vorpommern: <https://www.stalu-mv.de/mm/Themen/K%C3%BCstenschutz/Regelwerk-K%C3%BCstenschutz-Mecklenburg%E2%80%93Vorpommern/>

(2) Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten
<https://www.lung.mv-regierung.de/fachinformationen/wasser/hochwasserrisikomanagementrichtlinie/hochwassergefahren-und-hochwasserrisikokarten/>; https://www.fis-wasser-mv.de/doku/hwgk_hwrk/hw_gefahren_risikokarten.pdf

(3) IPCC-Sonderberichte über den Ozean und die Kryosphäre [State of the Cryosphere Report 2024 – ICCI – International Cryosphere Climate Initiative](#)

[Chapter 4: Sea Level Rise and Implications for Low-Lying Islands, Coasts and Communities — Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate](#)

(4) Norddeutscher Klimaatlas - www.norddeutscher-klimaatlas.de

(5) Küstenschutzbedarf - <https://kuestenschutzbedarf.de/portal/apps/sites/#/kuestenschutzbedarf/pages/kuestenschutzbedarf-an-der-ostseekueste>

(6) Küstenschutz beim StALU Mittleres Mecklenburg - <https://www.stalu-mv.de/mm/Themen/K%C3%BCstenschutz/>